
Anfrage der Stadtratsfraktion Die Grünen im Rat; Aktuelle Herausforderungen des Datenschutzes

KSD 20151447

Stellungnahme der Verwaltung

Stellungnahme zu Frage 1:

Im Jahr 2011 hat der Bereich Organisation (1-11) alle 2.100 Arbeitsplatzrechner und Notebooks der Verwaltung ausgetauscht und mit dem Betriebssystem Windows 7 und Microsoft Office 2010 betankt. Nur dort, wo Programme mit Windows 7 nicht kompatibel waren, wurden diese übergangsweise weiter mit dem alten Betriebssystem betrieben.

Zurzeit sind nur noch 2 XP-Rechner mit Office 2007 sporadisch beim Bereich Stadtvermessung und Stadterneuerung (4-16) im Einsatz. Der eine dient zur Erstellen von Karten aus CAIGOS-GIS, da diese Funktion nach Auskunft des zuständigen fachseitigen Anwendungsbetreibers unter Windows 7 nicht zuverlässig ausgeführt wird, der andere zum Auslesen der Messwerte und Ergebnisse eines elektrooptischen Gerätes. 4-16 ist bemüht, die Kompatibilität der Anwendungen mit Windows 7 zusammen mit den Softwarelieferanten herzustellen.

Stellungnahme zu Frage 2:

Die Stadt Ludwigshafen hat sich für den Einsatz von Google Analytics als Webanalyse-Programm entschieden. Dieses ermöglicht eine genauere Auswertung der Zugriffszahlen als zum Beispiel Piwik. Es ist außerdem in der Bedienung ausgereifter und verfügt über bessere Darstellungsmöglichkeiten, insbesondere wenn es um den Vergleich von Zeiträumen geht. Der Einsatz von Google Analytics auf den städtischen Internetpräsenzen wie www.ludwigshafen.de, www.bloch.de, www.lu4u.de, www.theater-im-pfalzbau.de und www.wilhelmhack.museum erfolgt in enger Abstimmung mit dem städtischen Datenschutzbeauftragten.

Um die Vergleichbarkeit von Zugriffszahlen zu gewährleisten, wird auf die www.ludwigshafen-diskutiert.de auf Google Analytics umgestellt. Da die Einbindung von Google Analytics einen längeren Zeitraum in Anspruch nimmt, hat man sich auf Grund der Kürze der Zeit im Projekt City West für den Einsatz von Piwik auf der www.ludwigshafen-diskutiert.de entschieden, da die Einbindung von Piwik kurzfristiger möglich ist. Die Umstellung soll nun, in der Zeit in der keine Bürgerbeteiligung stattfindet, erfolgen.